Laurahütte-Siemianowitzer Zeitung

Erscheint Montag, Dienstag, Donnerstag und Sonnabend und kostet vierzehntägig ins Haus 1,25 Zloty. Betriebsstörungen begründen keinerlei Anspruch auf Rückerstattung des Bezugspreises.

Einzige älteste und gelesenste Zeitung von Laurahütte-Siemianowitz mit wöchentlicher Unterhaltungsbeilage.



Anzeigen nimmt die Geschäftsstelle dieser Zeitung entgegen. Die achtgespaltene Kleinzeile kostet je mm 10 Groschen, auswärtige Anzeigen je mm 12 Gr. Reklame-mm 40 Groschen. Bei gerichtl. Beitreibung ist jede Ermäßigung ausgeschlossen

Geschäftsstelle: Siemianowice (Śląskie), ulica Bytomska (Beuthenerstraße) 2

Fernsprecher Nr. 501 — Fernsprecher Nr. 501

Nr. 146 — Dienstag, den 20. September 1927 — 45. Jahrgang

Kein Abbruch der französisch-russischen Beziehungen

Briand hat freie Hand — Rakowski geht in Urlaub, Krestinski sein Nachfolger

Paris. In den Sonnabend-Abendstunden war das Gerücht verbreitet, daß Briand um den Personenwechsel bei der Pariser russischen Botschaft dadurch zu erleichtern vorschlagen werde, daß Rakowski in seiner Eigenschaft als Botschafter auf einen mehrwöchigen Urlaub gehen solle, von dem er aber auf seinen Pariser Posten nicht mehr zurückkehren würde. Auf diese Weise würde der öffentlichen Meinung Frankreichs Rechnung getragen ohne den Eindruck zu erwecken, als ob die russische Regierung nachgeben müsse.

Auf der Rechten ist man mit einer derartigen Lösung des Rakowski-Zwischenfalles keineswegs einverstanden, und verlangt nach wie vor Abbruch der Beziehungen zu Rußland. Das „Echo de Paris" schreibt u. a.: Damit, daß Rußland wisse, daß Frankreich nicht die Absicht habe mit ihm zu brechen, gebe Frankreich seinen besten Trumpf für die Schuldenverhandlungen mit Rußland aus der Hand. Der „Avenier" hält eine russische Kriegsgefahr für den Fall eines Abbruches der Beziehungen zu Rußland für lächerlich. Der Abbruch der Beziehungen würde die Bande zwischen England und Frankreich fester gestalten und das deutsch-russische Verhältnis empfindlich stören, das die eigentliche Gefahr für den europäischen Frieden bilde. Deutschland könnte auf die Dauer nicht mit Rußland verbündet bleiben.

Die Linke sieht in der Erteilung der vollen Handlungsfreiheit durch den gestrigen Ministerrat an Briand für die Regelung des Zwischenfalles Rakowski einen persönlichen Sieg des Außenministers und gibt der Ansicht Ausdruck, daß die ganze von der Rechten geführte Kampagne für den Abbruch der Beziehungen zu Rußland von den wirtschaftlichen Interessen der englischen und amerikanischem Petroleum-Magnaten beeinflußt werde.

Als möglicher Nachfolger Rakowskis in Paris wird der Berliner russische Botschafter Krestinski genannt, der die Kundgebung der dritten Internationale nicht mit unterschrieben hat.

Briand wieder in Genf

Genf. Außenminister Briand ist aus Paris nach Genf zurückgekehrt. Er wird an der Montag-Sitzung des Völkerbundsrates teilnehmen, während Paul Boncour Frankreich in dem Abrüstungsausschuß der Vollversammlung vertreten wird.

Der Völkerbundsrat wird am Montag die Behandlung des ungarisch-rumänischen Streitfalles fortsetzen. Man rechnet allgemein damit, daß als vorläufige Lösung der Völkerbundsrat ein Rechtsgutachten des Haager Schiedsgerichtshofes einholen wird, und daß dann die endgültige Klärung des Streitfalles auf einer der nächsten Ratstagungen erfolgt. Die ungarische Delegation lehnt nach wie vor die Annahme des Gutachtens des Ratskomitees ab, und verlangt Entscheidung des Streitfalles durch den gemischten ungarisch-rumänischen Schiedsgerichtshof oder Herbeiführung zunächst eines Rechtsgutachtens des Haager Schiedsgerichtshofes. Im Laufe des heutigen Tages haben Fühlungnahmen zwischen den juristischen Sachverständigen und der ungarischen Delegation stattgefunden, über deren Ergebnis jedoch keine Mitteilungen gemacht worden sind.

Frau und Völkerbund

Genf, Mitte September 1927.

1920 waren in Genf sechs deutsche Journalisten, 1924 etwa 20, und heute sind es ihrer etwa 60. Sie sitzen in der Völkerbundsversammlung auf der unteren der zwei Tribünen, zur rechten Seite des Präsidenten. Da befindet sich diesmal in der letzten Reihe mitten unter den deutschen Journalisten eine Engländerin, die fast keiner oder gar keiner kennt. Durch ihren Kneifer beobachtet sie jede Bewegung im Saal. Hin und wieder gibt es dann Falten auf ihrer Stirn und über ihrem ganz unmodischen Kleid. Diese Frau ist H. M. Swanwick, die Herausgeberin von „Foreign Affaires", jener großen Londoner außenpolitischen Zeitschrift, die einst von dem verstorbenen Sozialisten E. D. Morel herausgegeben wurde, zu dessen Zeiten besonders seine Anklagen gegen den englischen Kolonialimperalismus starkes Aufsehen erregten.

Nachdem es nun seit dem vorigen Jahre üblich zu werden scheint, daß die im Völkerbund anwesenden Frauen besondere Zusammenkünfte in Genf während der Tagung abhalten (ähnlich wie sich die Sozialisten in diesem Jahre zum ersten Male im „Foyer socialiste international" trafen), wurde auch jetzt eine kleinere Frauenversammlung einberufen. Swanwick, die bei der Völkerbundsversammlung, welche unter Macdonald stattfand, Delegierte war, die Dänin Henny Forchhammer (Delegierte bei der augenblicklichen Tagung) und die Norwegerin Martha Larsen-Jahn (ebenfalls Delegierte bei der jetzigen Völkerbundsversammlung) setzten soeben einem nur aus Frauen zusammengesetzten Publikum im Rahmen der Genfer „Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit" die besonderen Aufgaben der Frau im Völkerbund auseinander.

Es ist eine stete Klage der Frauen, daß man sie fast nur in die fünfte Kommission steckt, die sich mit dem Opium, dem Mädchenhandel und den sozialen Fragen zu beschäftigen hat. Nur in der Mandatskommission ist noch Frau Bugge-Wicksell als norwegische Delegierte. In der Abrüstungskommission sitzt keine einzige Frau, als ob nicht gerade über diese Frage aus Frauenmund viel mehr und vielleicht viel Besseres gesprochen werden könnte, als zum Beispiel von dem italienischen Delegierten der Abrüstungskommission, dem ewigen Bremser, General Marinis! Auch die rumänische Delegierte Helene Vacaresco wurde in die fünfte Kommission geschickt.

Auch Swanwick betonte, wie ihr Vorgänger Morel, die ungeheure Wichtigkeit eines scharfen Kampfes gegen das Kolonialsystem: „Wir sprechen hier oft von Kriegen. Aber es gibt etwas Schlimmeres als den schlimmsten der Kriege! Das ist die Tatsache, daß es möglich ist, daß weiße Männer zu farbigen kommen dürfen und ihr Land rauben, ihre Freiheit stehlen und ihren Frieden stören können. Man sage nicht, daß ein Kampf gegen das Kolonialsystem ja doch nichts nütze. Morels Feldzug hat sogar Besserungen im belgischen Kongo erzwingen können!"

Die „Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit" ist erst vor einer Woche auf diesem Wege vorangegangen, indem sie in Gland — eine Eisenbahnstunde von Genf — eine „Internationale Sommerschule" organisierte, die unter Teilnahme von Romain Rolland ausschließlich der Erörterung der Beziehungen von weißen und farbigen Menschen gewidmet war. In Gland sprachen unter anderem auch Indochinesen über die Besserungen, welche Alexandre Varenne in Indochina seit zwei Jahren eingeführt hat. Das Resultat von Varennes Generalgouverneurschaft erschöpft sich in dem einen Worte: „Nichts". Das gibt der französischen sozialistischen Partei recht, die Alexandre Varenne vor einem derartigen Mißerfolge gewarnt und aus der Partei ausgeschlossen hat, weil er das Amt in Indochina doch antrat. Auch die schwedische Delegierte Bugge-Wicksel hat eben in Genf einen Vortrag gehalten, und zwar im „Internationalen Frauenstimmrechts-Bund". Sie sprach vor allem von der Verwaltung der früheren deutschen Kolonien, die unter Völkerbundsmandat stehen. Die Kinder werden da jetzt nicht mehr zu Nachäffern der Europäer zu erziehen gesucht, sondern zu selbstbewußten Afrikanern unter Leitung afrikanischer Lehrer. In einigen Tagen wird auch die deutsche Sozialistin und frühere Reichstagsabgeordnete Adele Schreiber-Krieger in Genf erwartet, wo sie ebenfalls im „Internationalen Frauenstimmrechts-Bund" zusammen mit der französischen Pazifistin Germaine Malaterre-Sellier das Wort ergreifen wird.

Vandervelde über den Völkerbund

Für eine deutsch-belgische Zusammenarbeit

Brüssel. Nach Brüssel zurückgekehrt, erklärte Vandervelde Pressevertretern gegenüber, daß die Abstimmung der Kandidatur Belgiens in Genf vor allen Dingen aus grundsätzlichen Erwägungen heraus erfolgt sei, fügte aber hinzu, daß die Entscheidung trotzdem vom moralischen Gesichtspunkt betrachtet, ungünstig sei und einen peinlichen Eindruck hinterlassen werde, besonders da die Anwesenheit Belgiens im Völkerbundsrat für

Anwendung der Locarnoverträge

nützlich gewesen sei. Ferner lenkte Vandervelde die Aufmerksamkeit der Pressevertreter auf die Tatsache, daß die deutsche Delegation die Kandidatur Belgiens unterstützt habe, obgleich ihre Lage sehr schwierig war, besonders im Hinblick auf die letzte deutsch-belgische Polemik. Die deutsche Delegation sei außerdem von anderen Delegationen bestürmt worden, gegen Belgien zu stimmen, habe aber sich nicht beeinflussen lassen. Mit Befriedigung stellte Vandervelde in diesem Zusammenhang fest, daß auch Oesterreich, Ungarn und Bulgarien, die ehemaligen Verbündeten Deutschlands, für Belgien gestimmt hätten. Vandervelde verneinte ausdrücklich, daß zwischen Belgien und Deutschland eine Abmachung getroffen worden sei, nach die Prostimme Deutschlands abhängig gewesen sei von der Zustimmung Belgiens zur

Ueberlassung eines Kolonialmandats an Deutschland.

Vandervelde versicherte, daß Belgien die Zulassung Deutschlands in die Mandatskommission nicht ablehne. Ferner betonte der Außenminister, daß Belgien seine Kandidatur auf ausdrückliche Bitte Deutschlands, Frankreichs und Englands aufgestellt habe. Ueber

seine Zusammenkunft mit Stresemann

und im speziellen über die Franktireurangelegenheit befragt, erklärte Vandervelde, sich in diesem Augenblick darüber nicht äußern zu wollen. Stresemann habe Vandervelde erklärt, daß die Möglichkeit einer Hinzuziehung eines belgischen Vertreters in jedem Falle, wo dieses wünschenswert sein würde, geprüft werden würde. Ebenso würde die Möglichkeit des weiteren Verbleibens de Brouckeres in der Abrüstungskommission geprüft werden. Zu dem Protokoll des Jahres 1924 übergehend, erklärte Vandervelde, daß die jetzige Session in Genf, die unter ungünstigen Auspizien begonnen habe, sich mittlerweile als besser erwiese als die anderen. Die kleinen Staaten hätten

ihren Willen zur Fortführung der Politik des Protokolls bekundet.

Ferner sei der Beitritt Deutschlands zur Schiedsgerichtsklausel eine Angelegenheit von allergrößter Wichtigkeit. Bezüglich des Protokolls müsse man es verstehen abzuwarten, es sei jedoch nützlich, an Stelle vager Formeln einen bestimmten Plan zu setzen. Diese Arbeit werde von einem besonderen Ausschuß fortgesetzt, und er, Vandervelde, hoffe, daß sie bald erledigt werde.

Zu der Abstimmung über die Wiederwählbarkeit Belgiens wird hier bekannt, daß Schweden, Dänemark, Norwegen und die südamerikanischen Staaten, Holland, Finnland, Estland und Lettland für Belgien gestimmt haben.

Sejmwahlen entsprechend der Verfassung?

Warschau. Aus Kreisen, die der Regierung nahestehen, wird berichtet, daß keine Absicht bestehe, die gegenwärtige Sejmperiode zu verlängern. Wenn Neuwahlen zum Sejm und Senat nicht beschleunigt werden, dann finden sie im Rahmen der Verfassungsbestimmungen statt. Diese Nachricht ruft in politischen Kreisen große Verwunderung hervor.

Hungerrevolten und Arbeiterdemonstrationen

Mailand. Die „Ere Nouvelle", die über die Vorgänge in Italien in der Regel ausgezeichnet unterrichtet ist, erfährt von einem ihrer Vertrauensleute, daß die Unzufriedenheit, die die von Woche zu Woche sich verschärfende Wirtschaftskrise hervorgerufen hat, in den letzten Tagen in sehr heftigen Demonstrationen ihren Ausdruck gefunden hat. Besonders unter der landwirtschaftlichen Bevölkerung soll die Erregung darüber scharfe Formen angenommen und in verschiedenen Provinzen bereits zu Unruhen geführt haben.

So sollen in der Gegend von Ferrara 7000 Bauern vor die Präfektur gezogen sein und die Beamten der Regierung bedroht haben. In San Vittale und mehreren anderen Orten der Provinz seien die Bürgermeisterämter von den Bauern gestürmt und geplündert worden. Auch in Mantua sollen ernste Unruhen stattgefunden haben.

Die „Ere Nouvelle", der wir die Verantwortung für diese Nachrichten überlassen müssen, will weiter wissen, daß in Capri (Provinz Modena) stürmische Arbeitslosen-Demonstrationen stattgefunden hätten und in Padua die Bäckereien von der Menge geplündert worden seien.

Die deutsche Sprache im Elsaß

Straßburg. Die oberste Schulbehörde Elsaß-Lothringens hat an die Schulen ein Rundschreiben versandt, in dem die Notwendigkeit betont wird, die deutsche Sprache in der Elementarschule stärker zu pflegen. Der Unterricht in der deutschen Sprache hat danach bereits im zweiten Schuljahr anstatt wie bisher im dritten Schuljahr zu beginnen. Das Deutsche soll auch wieder als Examensfach behandelt werden. Als Pflichtprüfungsfach jedoch nur für Schüler deutschsprachiger Ortschaften. Der zweisprachige Schulbetrieb ist damit für Elsaß-Lothringen gesichert, was die elsaß-lothringische Presse, abgesehen von der französisch-nationalistischen Presse, als großen Fortschritt feststellt.

Die Familie Sunyatsen aus der Kuomintung ausgeschlossen

New York. Wie aus Schanghai gemeldet wird, sind sämtliche Angehörigen der Familie Sunyatsen von der z. Z. in Nanking tagenden Einigungskonferenz der Kuomintang aus der Partei ausgeschlossen worden. Die Witwe und der Sohn Sunyatsen befinden sich gegenwärtig bekanntlich in Moskau.

Der Konflikt zwischen Regierung u. Sejm

Warschau. Der Konflikt zwischen dem Vizepremier Bartel und dem Senatsmarschall Trompczynski wird in der Presse eifrig erörtert. Der Vizepremier hat dem Senatsmarschall nach seiner Rückkehr aus Druskienik nicht aufgesucht und auch eine Antwort auf die Frage, wie sich die Regierung dem Parlament gegenüber verhalten wolle, nicht erteilt. Wie heute angekündigt wird, will Marschall Pilsudski in der nächsten Woche nach seiner Rückkehr nach Warschau eine wichtige Entscheidung in dem Konflikt mit dem Parlament treffen.

Eine besondere Verständigungskommission, bestehend aus Mitgliedern des Sejm und des Senats, beschäftigte sich gestern mit der Festlegung einer solchen Aenderung des Art. 26 der Verfassung, daß dabei der Forderung des Senats über sein Selbstauflösungsrecht Genüge getan wird. Man einigte sich dahin, dem betreffenden Abschnitt des Art. 26 der Konstitution folgenden Wortlaut zu geben:

„Sejm und Senat können sich auflösen und den Termin der Neuwahlen bestimmen auf Grund eines Beschlusses einer der beiden Kammern, der mit einer Mehrheit der gesetzlichen Zahl der Mitglieder der betreffenden Kammer gefaßt worden ist. Gleichzeitig wird in beiden Fällen schon von Rechts wegen auch die zweite Kammer aufgelöst. Der Antrag auf Auflösung muß mindestens von einem Drittel der gesetzlichen Zahl der Abgeordneten bezw. Senatoren unterschrieben sein. Die Bestimmung dieses Abschnittes betrifft nur die Kammern, die zum ersten Male auf Grund der gegenwärtigen Konstitution vom 17. März 1921 gewählt worden sind."

Verlängerung des russisch-türkischen Freundschaftsvertrages?

Aus Moskau wird gemeldet, daß der türkische Botschafter Sekki Bei offiziell erklärt hat, daß alle Meldungen über die Nichtverlängerung des russisch-türkischen Garantievertrages jeder Grundlage entbehren. In einer halbamtlichen Erklärung der türkischen Botschaft in Moskau wird weiter mitgeteilt, daß zwischen der Türkei und der Sowjetregierung keine Streitfragen bestehen, und daß beide Regierungen beschlossen haben, den Freundschaftsvertrag auf zwei weitere Jahre zu verlängern. Der russische Botschafter in Angora, Suric, wird in den nächsten Tagen in Moskau eintreffen, um Tschitscherin persönlich Bericht über die russisch-türkischen Beziehungen zu erstatten. Suric wird auch als neuer russischer Botschafter für Paris genannt.

Die englisch-russischen Beziehungen

London. Der diplomatische Korrespondent der „Westminster Gazette" berichtet, er habe guten Grund zu der Annahme, daß in allernächster Zukunft die Sowjetregierung einen Versuch machen würde, Verhandlungen zur Wiederherstellung normaler Beziehungen mit Großbritannien zu eröffnen. Die Basis der Verhandlungen würden die Regelung der Ansprüche englischer Gläubiger sein, wogegen die Sowjets britische Kredite zu normalen Zinsen für die Entwicklung der russischen Industrie zu erhalten hoffen. Die Frage einer eventuellen Aufnahme der diplomatischen Beziehungen könne mit diesem Projekt in gewissen Zusammenhang gebracht werden. Im Augenblick würden halboffizielle Fühler ausgestreckt. Sobald die Revolutionsfeierlichkeiten in Rußland vorüber seien, würde im Oktober die Angelegenheit mit größerer Energie verfolgt werden.

Tschen über seinen Mißerfolg

Moskau. Der frühere Außenminister der chinesischen Nationalregierung Eugen Tschen, der seit kurzer Zeit sich in Moskau aufhält, sagt in einer Erklärung, seine Rußland-Reise sei auf Veranlassung des Zentral-Komitees der Kuomintang erfolgt, jedoch müsse er nach den letzten Ereignissen am Jangtse annehmen, daß die Kantonregierung nicht existiere. Durch den Verrat der militärischen Elemente, vor allem Nanking, sei den Zielen der Nationalregierung und überhaupt den großartigen Bestrebungen der chinesischen Revolution zunächst ein Ende gesetzt.

Die Kuomintang habe nicht nur dem zehnjährigen Chaos ein Ende gemacht, sondern auch das Ansehen des chinesischen Volkes wiederhergestellt, so daß noch vor sechs Monaten die Außenminister der Großmächte mit der Nationalregierung auf der Basis der Gleichberechtigung verhandelten. Jetzt sei dies anders. Niemand schenke der Kuomintang noch größere Beachtung, und die Engländer diktierten wieder ihre Bedingungen.

Der Grund dieses Umschwungs liege in der Tätigkeit der Deaktion, die Arbeiter- und Bauernführer tötete sowie die chinesischen und die ihnen befreundeten russischen Kommunisten vertriebe, um unter dem Deckmantel der Kuomintang im Grunde wieder das alte Feudalsystem aufzurichten, das sich von dem in Nordchina nicht unterscheide. Er, Tschen, werde mit Sun Tsin Lin, der Witwe des großen Führers Sun Yat Sen, gemeinsam für die revolutionäre Idee Chinas weiterkämpfen.

Dr. Breitscheid über die Ergebnisse

Genf. In der zweiten Völkerbundskommission beschäftigte sich Reichstagsabgeordneter Dr. Breitscheid in längeren Ausführungen mit den Ergebnissen der Weltwirtschaftskonferenz. Dr. Breitscheid forderte die Durchführung der Beschlüsse der Konferenz in ihrer Gesamtheit. Es spreche gegen den Geist der Konferenz, wenn nur einige wenige Empfehlungen zur Anwendung gelangten. Auch nur wenige Regierungen hätten bisher ihre Stellungnahme dazu bekannt gegeben. In Deutschland seien in dieser Hinsicht bereits auf zwei Gebieten Ergebnisse zu verzeichnen. Die Reichsregierung habe den Reichswirtschaftsrat aufgefordert, zur Herabsetzung der Zölle ein Gutachten abzugeben. Ferner sei mit dem Abschluß des deutsch-französischen Handelsabkommen bereits eine wesentliche Zollherabsetzung eingetreten. Der Pariser Handelsvertrag stelle überhaupt einen großen praktischen Erfolg der Weltwirtschaftskonferenz dar. Dr. Breitscheid wies sodann darauf hin, daß Deutschland mit den Vereinigten Staaten einen Handelsvertrag auf 10 Jahre und mit England und Italien Verträge auf 5 Jahre abgeschlossen habe. Prinzipiell halte Deutschland die langfristigen Handelsverträge für das richtigste. Dr. Breitscheid betonte zum Schluß im Namen der deutschen Delegation, daß nach deutscher Ansicht die Weltwirtschaftskonferenz bei der Durchführung ihrer Empfehlungen zu praktischen Erfolgen kommen werde.

Abreise des holländischen Außenministers

Genf. Der holländische Außenminister Beelaerts hat heute nach der Vormittagssitzung des Völkerbundsrates Genf verlassen. Die Abreise des holländischen Außenministers vor dem Abschluß der Diskussion über den ungarisch-rumänischen Streitfall hat in allen Delegationskreisen gewisses Aufsehen erregt, da Holland nachdrücklich für die Autorität des internationalen Rechtes und insbesondere der gemischten Schiedsgerichtshöfe eingetreten ist, deren Kompetenz gegenwärtig im Mittelpunkt der Verhandlungen des Rates steht. Man hatte allgemein damit gerechnet, daß der holländische Außenminister den Standpunkt der ungarischen Regierung, den Streitfall der Kompetenz des gemischten Schiedsgerichtshofes zu unterbreiten, unterstützen würde.

Der Eisenbahnunfall bei Goldstein

Frankfurt a. M. Die Entgleisung des Mainz-Frankfurter D-Zuges bei Goldstein ist auf einen Achsenbruch zurückzuführen. Die Zahl der Verletzten beträgt erfreulicherweise nicht, wie zuerst gemeldet wurde, 15, sondern nur 9, darunter ein Schwerverletzter. Die Aufräumungsarbeiten sind bereits beendet.

Acht Todesopfer des Flugzeugabsturzes bei Hadley

New York. Die Zahl der bei dem Absturz eines Passagierflugzeuges in der Nähe von Hadley im Staate New Jersey ums Leben gekommenen Personen hat sich auf acht erhöht. Vier Personen erlitten so schwere Verletzungen, daß an ihrem Aufkommen gezweifelt wird. Unter den Toten befinden sich zwei Kinder. Das Flugzeug, das aus 500 Meter Höhe abstürzte, riß im Sturz einen Baum um, und wühlte sich tief in die Erde ein. Der Absturz ist auf Ueberbelastung des Flugzeuges zurückzuführen. Die Schreckensschreie der Insassen des abstürzenden Flugzeuges waren weithin vernehmbar.

Schnelläufer mit 9 PS. Aus physiologischen Gründen ist eine Höchstgrenze für sportliche Leistungen gegeben. Ein Hundertmeterlauf kann nicht in kürzerer Zeit als zehn Sekunden zurückgelegt werden und mit dieser Geschwindigkeit kann nicht länger als 30 Sekunden gelaufen werden. Die dabei aufgewendete Leistung ist 9 PS., soviel als nötig wäre, das Eigengewicht des Läufers in zehn Sekunden hundert Meter hoch zu heben. Während jeder Arbeit produzieren die Muskeln Milchsäure, von der der Organismus nicht mehr als 120 Gramm aufstapeln kann, ohne schwer geschädigt zu werden. Der Läufer mit obigem Tempo — 36 Kilometer pro Stunde — produziert in je 10 Sekunden 45 Gramm Milchsäure. Nach dem Ueberschreiten der Maximaldosis — 120 Gramm — tritt der „Muskeltod" ein, der unter Umständen auch den Tod des betreffenden Menschen zur Folge haben kann.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz.
Druck u. Verlag: „Vita", nakład drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29

Laurahütte u. Umgebung

Eine Versammlung durch die Polizei verboten. Am letzten Freitag wollte die P. P. S. — Polnisch-Sozialistische Partei — linker Flügel im Versammlungslokal „Unter den zwei Linden" eine Versammlung abhalten, zu der sie die polizeiliche Genehmigung bereits erhalten haben sollte. Kaum aber hatte die Versammlung begonnen, als mehrere Polizeibeamte erschienen und die Versammlung auflösten. Aus welchem Grunde das Verbot erfolgte, wurde nicht mitgeteilt; die bereits versammelten Leute folgten der Aufforderung der Polizei und gingen friedlich auseinander.

Ein Unglücksfall, der leicht hätte schwere Folgen haben können, ereignete sich am Wegekreuz an der Post. Eine Lehrerin von hier wurde von einem Auto überfahren, wobei sie glücklicherweise nur einige Quetschungen am linken Oberschenkel erlitt. Herr Dr. Hermann leistete die erste Hilfe. Wen die Schuld an dem Autounglück trifft, wird die polizeiliche Untersuchung ergeben.

Standesamtliche Nachrichten. In der Zeit vom 3. bis zum 16. September sind geboren: 17 männliche und 18 weibliche Personen; gestorben: Kristian Ciba im Alter von 77 Jahren, Franz Wilczek 66 Jahre, Maria Kupka 66 Jahre, Franz Schwierzek 5 Monate, Alois Krafczyk 27 Jahre, Helene Wodasch 23 Jahre, Elsbet Rollnik 11 Monate, Franz Labriega 77 Jahre, Helmut Relek 2 Jahre, Josefine Wrobel 76 Jahre, Maria Cuber 72 Jahre, Helene Ragotz 4 Monate, Pauline Barton 15 Jahre, Ruth Tyslik 1 Monat, Sofie Burdella 73 Jahre, Rose Ciba 1 Jahr, Alois Leon 4 Monate, Josef Macherda 4 Tage, Heinrich Buschmann 87 Jahre, Johann Engiel 66 Jahre, Agnes Sporisch 63 Jahre, Gerda Kawa 5 Monate, Marie Jarzyk 54 Jahre, Eva Fischer 3 Stunden, Josef Madson 3 Monate, Paul Bialas 4 Monate, Marie Guballa nach der Geburt.

Die Kammerlichtspiele bringen wieder einen Film zur Vorführung, der sich tatsächlich im täglichen Leben abspielt und „Die Moral der Gasse" benannt wird. Allein schon in erzieherischer Hinsicht, für die Eltern wie auch für die Jugend, ist es vom großen Vorteil, sich diesen Film anzusehen, der nur 3 Tage, also Dienstag, Mittwoch und Donnerstag, gezeigt wird.

Berichtigung. In unserer Sonnabend-Nummer brachten wir eine Nachricht vom Tennissport und der Druckfehlerteufel hat es gewollt, daß als Ueberschrift Königsverein anstatt Tennisverein gedruckt wurde. Da wir in Oberschlesien keine Königsvereine haben, muß es also Tennisverein heißen.

Gottesdienstordnung:

St. Kreuzkirche — Siemianowitz.

Dienstag, den 20. September 1927:

1. hl. Messe auf eine besondere Meinung.

2. hl. Messe zur göttl. Vorsehung in der Meinung Pilawe-Hein.

3. hl. Messe für verst. Olga Struzyne, Eltern und Verw. beiderseits.

Katholische Pfarrkirche Laurahütte.

Dienstag, den 20. September 1927:

6 Uhr hl. Messe für verst. Adolf u. Franziska Praschma.
10 Uhr hl. Messe für das Brautpaar Macziejek-Bejer.

Deutsch-Oberschlesien

Deutscher Rundfunk.

Gleiwitz Welle 250 — Breslau Welle 322,6.

Allgemeine Tageseinteilung:

11,15: Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.15—12,55: Konzert für Versuche und für die Industrie. 12,55: Nauener Zeitzeichen. 13,30: Zeitansage, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13,45—14,45: Konzert auf Schallplatten. 15,30: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten. 17: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonnabend). 18.45: Wetterbericht und Ratschläge fürs Haus. 22: Zeitansage, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten und Sportfunkdienst.

Dienstag, den 20. September 1927: 15.45—16.30: Kinderstunde. — 16.30—18: Finnische Tonsetzer. — 18: Zeitgemäße Wirtschaftsfragen. — 18.50—19.20: Hans Bredow-Schule: Abt. Staatswissenschaft. — 19.20—19.50: Die Uebersicht. Wochenberichte über Kunst und Literatur. — 20: Konzert. — 21: Uebertragung aus Gleiwitz: Der Lobgesang. — 22.15: Mitteilungen des Verbandes der Funkfreunde Schlesiens e. V.